

3.1.2018, Katerfrühstück um 11 Uhr, Hotel Albrechtshof, Albrechtstraße 8, 10117 Berlin

**Beitrag Dorothea Härlin, Studienrätin, Berliner Wassertisch, Gemeingut in
BürgerInnenhand, attac Berlin**

Schulprivatisierung: jetzt nicht tatenlos zusehen – Volksinitiative!

Es ist sehr erfreulich, dass der Senat endlich nach so vielen Jahren des Kaputtsparens mehr Geld in den Schulbau und die Bildung steckt. Doch der Weg über eine Schul-GmbH als Tochtergesellschaft der HOWOGE führt geradewegs in die Privatisierung.

Dass es sich bei der Überführung öffentlicher Aufgaben und Grundstücke in eine GmbH um Privatisierung handelt, ist ausreichend begründet und auch breit bekannt. Dass nun etwas anderes behauptet wird, ist also der Versuch einer gezielten (und umfassenden) Täuschung. Die zentrale Frage heute ist: Warum wiederholen alle PolitikerInnen dieser rot-rot-grünen Regierungskoalition unisono und gebetsmühlenartig, die Gründung der Schul-GmbH als Tochter der HOWOGE sei keine Privatisierung?

Könnte es sein, dass der Begriff Privatisierung in der Bevölkerung so verpönt ist, dass PolitikerInnen das Wort nicht mehr in den Mund nehmen wollen? Sie haben deshalb neue Begriffe erfunden: PPP, ÖPP, ÖÖP; und jetzt sagen sie, es handle sich um eine harmlose Gründung einer GmbH, die auch noch zu 100 Prozent in der Hand des Landes Berlin sei.

Dadurch führen sie die Bevölkerung bewusst hinters Licht, denn wie immer sie das Konstrukt nennen, es gibt nur Privatrecht oder öffentliches Recht, und aus letzterem sind sie dabei, sich herauszustecken. Sie wollen Bildung als öffentliches Gut auf den Markt werfen. Die Kommerzialisierung der Bildung ist ein gravierender Paradigmenwechsel. Die Gründung einer GmbH ist der Sündenfall.

Das Argument der Schuldenbremse zieht nicht, weil im Haushalt 2017/18 fast eine Milliarde Euro für Schulbau bereitgestellt ist. Das Geld zum Renovieren und für Neubauten ist da, es kann sofort beginnen ohne den Umweg einer GmbH-Gründung.

Nach den unrühmlichen Skandalen in Berlin seit dem Mauerfall, dem Bankenskandal, der Wasserprivatisierung und dem BER, droht jetzt ein neues Chaos. Es droht eine Zentralisierung in einer Stadt, die mehr Einwohner hat als sieben Länder, die in der EU mitregieren. In Malta leben beispielsweise so viele Menschen wie in anderthalb Berliner Bezirken.

Jahrelange Versäumnisse durch sträfliche Sparpolitik sind nicht allein mit Geld zu korrigieren. Das Wissen und die konstruktiven Ideen der Betroffenen in den Schulen sind gefragt. Wir brauchen eine breite öffentliche Debatte, die den Namen „Berliner Schuloffensive“ verdienen würde. Sie verzögert nicht, weil das Geld da ist und mit dem Bauen sofort begonnen werden kann. Die Gründung einer GmbH würde dagegen nach Aussagen des Finanzsenators mindestens zwei Jahre dauern. Die Schaffung dieser Parallelstruktur verzögert also.

Mit Bildung macht man keinen Profit! Noch ist es nicht zu spät. Deshalb zieht Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) jetzt die Notbremse. Wir starten heute die Volksinitiative „Unsere Schulen“. Dafür müssen in den kommenden sechs Monaten 20 000 Unterschriften gesammelt werden, um dann in den betroffenen Ausschüssen angehört zu werden. Anhörung – das ist nicht viel, aber wir setzen unsere Hoffnung in ein Instrument der direkten Demokratie in einem Moment, in dem die Politik gerade dabei ist, sie weiter abzubauen.

- Wir erwarten von der Volksinitiative, dass es in den Ausschüssen doch noch offene Ohren gibt und eine Bereitschaft zum Umdenken.
- Wir halten es für selbstverständlich, dass der Senat keine weichenstellenden Maßnahmen trifft, solange die Volksinitiative läuft, und dadurch Zeit für eine öffentliche Debatte entsteht.
- Wir von GiB sind gern bereit, schon vor Abschluss der Volksinitiative mit PolitikerInnen im direkten Gespräch unsere Bedenken und konstruktiven Alternativen vorzutragen und nach Auswegen zu suchen.